



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeit-Beile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpeditionen: Herrenstraße Nr. 2. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 27. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dinstag, den 12. Januar 1886.

Der Ausweisungsantrag.

Fr. Berlin, 11. Januar.

Der Antrag, welchen die freisinnige Partei hinsichtlich der Ausweisungen beschlossen hat, ist nun eingebracht worden, und da sich an denselben eine unabsehbare Fluth von unrichtigen Behauptungen angeknüpft hat, so mag es gestattet sein, denselben entgegenzutreten.

Die Fraction hatte in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien den Wortlaut des Antrages festgestellt und zugleich beschlossen, daß derselbe in diesem Wortlaut unmittelbar nach Abschluß der Weihnachtsferien eingebracht werden solle. Genau diesem Beschlusse gemäß ist verfahren worden. Es ist also handgreiflich unrichtig, daß die Einbringung sich verzögert habe, weil man Nähe gehabt, die Unterschriften zu sammeln.

Die Unterschriften sind nicht gesammelt worden. Es ist bei allen Fractionen, und so auch bei den Freisinnigen Sitte, daß, wenn ein Antrag von Fractionswegen gestellt worden, die Originalunterschriften nicht eingeholt werden, sondern daß die Namen sämtlicher Fractionen-Mitglieder in der Segerei unter denselben gestellt werden, mit Ausnahme 1) derjenigen Mitglieder, welche sich in der laufenden Session überhaupt nicht auf dem Bureau gemeldet haben, also als Abwesende zur Zeit überhaupt nicht thätig sind, 2) derjenigen, welche ausdrücklich den Wunsch aussprechen, daß ihr Name fortgelassen werde. Die erste Voraussetzung traf diesmal zu bei den Herren von Stauffenberg, Schlüter und von Winkelmann; die zweite ausschließlich bei dem Abgeordneten Horwig, obwohl man es für möglich gehalten hätte, daß außer ihm noch ein oder zwei andere Abgeordnete sich ausschließen würden.

Gründliche Meinungsverschiedenheiten haben über den Antrag nicht bestanden. Es ist ja selbstverständlich, daß, wenn sich nicht das Wunder der Septuaginta alltäglich wiederholen soll, Meinungsverschiedenheiten über Redaktionsfragen und Opportunitätsgründe. Wenn solche Meinungsverschiedenheiten nicht wären, würde jede Fractionen-Sitzung überflüssig sein; die einzelnen Mitglieder würden durch ihren Instinct immer zu demselben Resultate geleitet werden. Im vorliegenden Falle waren diese Meinungsverschiedenheiten weder besonders einschneidend noch besonders leidenschaftlich, und ihre Darlegung würde für die Deffentlichkeit gar kein Interesse haben.

Einig war die Fraction darin, daß einerseits das nationale Interesse in den Ostprovinzen gegen alle polonisirenden Bestrebungen zu wahren sei, und daß andererseits es nicht gerechtfertigt sei, wenn Tausende von Menschen mit der harten Maßregel der Ausweisung getroffen werden, die weder dem Willen noch dem Erfolge nach Etwas gethan haben, was die deutschen Interessen schädigt.

Daß die Sache vor den Landtag und nicht vor den Reichstag gehört, ist eine ganz unhaltbare Behauptung. Sie gehört vor beide Körperschaften, da sie sowohl Reichs- als Landes-Interessen berührt.

Wenn Zeitungen, welche der freisinnigen Partei grundsätzlich feindselig gegenüberstehen, jede Gelegenheit wahrnehmen, um denselben zu schaden, so ist das zu verstehen. Wenn es aber auch von solchen Seiten geschieht, die bisher der offenen Erklärung ausgewichen sind, daß sie fortan den freisinnigen Standpunkt bekämpfen wollen, so muß man ihnen mit aller Entschiedenheit entgegen treten. Was über ver-

meintliche Zwistigkeiten innerhalb der freisinnigen Partei gemeldet worden ist, beruht auf Klatsch und trotz alles Prunkens mit genauer Kenntniß der Thatsachen auf schlechten Informationen.

Das Branntweinmonopol im Deutschen Landwirthschaftsrath.

Fr. Berlin, 11. Januar.

In der heutigen Sitzung gelangte zunächst die Reform der Branntwein- (Spiritus-) Steuer zur Verhandlung. Da inzwischen der Gesetzentwurf, betreffend das Branntweinmonopol, erschienen ist, so hat eine gestern zusammengetretene Commission, der auch die beiden Referenten über die vorliegende Frage bewohnten, beschlossen, der Versammlung folgende Thesen zur Beschlußfassung zu empfehlen:

Der Deutsche Landwirthschaftsrath wolle beschließen:

I. In Erwägung, daß der von der königl. preussischen Regierung dem Bundesrath vorgelegte Gesetzentwurf, betr. das Branntweinmonopol, im Wesentlichen den im gemeinsamen Antrage der Referenten aufgestellten Forderungen entspricht, erklärt der Deutsche Landwirthschaftsrath sich im Princip mit dem obengenannten Entwurfe einverstanden.

II. Der Deutsche Landwirthschaftsrath bittet jedoch den Herrn Reichskanzler, bei der definitiven Feststellung des Gesetzentwurfes folgenden Wünschen Rechnung zu tragen: 1) ad § 4 al. 1. Der Begriff „regelmäßig“ ist näher zu definiren. 2) ad § 4 al. 2. Die Festsetzung der Production für sämtliche Brennereien unter billiger Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu erfolgen, wie dies in al. 3 nur für die kleinen Brennereien vorgeesehen ist. 3) ad § 4 al. 2 und 3, ad § 5 al. 2. Geschäftsgang in 2 Instanzen statt der im Entwurfe vorgeesehenen einen Instanz ist festzusetzen. 4) ad § 10. Unter den von der Monopolverwaltung anzuschaffenden Gegenständen sind auch die „Meßapparate“ aufzuführen. 5) ad § 22 al. 2. Bei der Wahl der Ablieferungsstelle (Eisenbahn oder Branntweinmagazin) muß das Interesse des Producenten möglichst Berücksichtigung finden. 6) ad § 23 al. 1. Ist einzufügen hinter den Worten: „Tarif bestimmend“: „unter Berücksichtigung der jeweiligen Productionsfactoren“. 7) ad § 23 al. 2. Ist einzufügen hinter den Worten: „zu bestimmen ist“: „dem Kartoffelbranntwein ist auch solcher Branntwein gleichzuachten, welcher solchen anderen Rohmaterialien entstammt, die unter bestimmten Umständen (Mißwachs) zur Futtergewinnung verarbeitet wurden“. 8) ad § 23 al. 3. Der den kleinen Brennereien zu gewährenden Zuschlag ist auf keinen Fall unter der Höhe des gegenwärtig denselben bewilligten Steuernachlasses zu normiren.

III. Eine Commission, bestehend aus 7 Mitgliedern, mit dem Rechte der Cooptation zu wählen, welche nach Erscheinen des Reichs-Gesetzentwurfes auf Grund vorstehender Beschlüsse die erforderlichen Eingaben an die gesetzgebenden Factoren zu geeigneter Zeit zu richten hat.

Referent Freiherr v. Hövel: Es ist schon vielfach der Versuch gemacht worden, dem übermäßigen Branntweingenuß entgegenzutreten. Man hat deshalb die Spiritus-Fabriksteuer eingeführt, dadurch aber nur die Landwirthschaft geschädigt, dem Schnapsconsum aber nicht den mindesten Einhalt gethan. Die Fabriksteuer schädigt diejenigen Landwirthe, die im Hinblick auf ihren ungünstigen Boden genöthigt seien, den Branntweinbetrieb als Nebengewerbe zu betreiben. Dem Schnapsconsum kann durch die Fabriksteuer nicht Einhalt gethan werden, denn bekanntlich wird der Spirituspreis auf dem Weltmarkt gemacht. Bestimmend sind aber dort nicht die Producenten, welche unter dem Druck einer hohen Steuer und zu mächtigen Exportbonificationen arbeiten, sondern diejenigen, welche unter einem Schutz resp. Prohibitivzölle produciren und große Exportprämien per fas et nefas genießen. Will man mit der Steuer den Branntweinconsum treffen, dann muß man den Branntweinconsum direct besteuern. In allen anderen großen Staaten, Rußland, Frankreich, England, ja selbst in dem vielgepriesenen Amerika

werden die großen Consumartikel des Volkes derartig zur Steuer herangezogen, daß die Parlamente eigentlich weiter keine Gelder zu bewilligen brauchen. Deutschland ist das einzige große Land, in dem das Parlament alljährlich mit dem Wohl und Wehe des Reiches spielen kann. Als Patriot muß man das im höchsten Maße bedauern. Die Branntweinconsumsteuer läßt sich aber nur einführen durch eine strenge Ueberwachung der Schankstätten. Wie schwierig die Durchführung dieser Maßregel ist, wird allgemein einleuchten. Außerdem ist zu befürchten, daß in solchem Falle, ähnlich wie in der Schweiz, das Laster des Branntweintrinkens sich in die Familien verpflanzt wird. Von Erfolg könnte eine Branntweinconsumsteuer nur sein, wenn der Branntwein an einen bestimmten Ort gebracht werden muß und nicht eher in den Handel kommen darf, ehe er versteuert ist. Durch diesen Gedanken gelangen wir aber von selbst zum Monopol. In ersterem Falle wäre der Staat bloß Mäkler, während er, wenn er den Schnaps selbst verkauft, selbstständiger Händler ist. Man wird vielleicht einwenden: es sei des Staates unwürdig mit einem Artikel Handel zu treiben, der dem Laster Vorschub leistet. Darauf ist zu erwidern: das Branntweinmonopol ist das beste Mittel, um der immer mehr überhandnehmenden Branntweinpest Einhalt zu thun. Das Laster ist leider bereits da, es ist in so fester Weise organisiert, daß es nur mit der Staatsgewalt bekämpft werden kann. Der Schnapsconsum in Deutschland hat insbesondere seit 1870 in erschreckender Weise zugenommen. Diese traurige Thatsache ist selbst in den besten Bier- und Weingegenden zu constatiren. Ein arger Schaden für die Gesundheit des Volkes liegt nicht nur in der großen Billigkeit, sondern auch in der schlechten Qualität des Branntweins. Man hat strenge Gesetze gegen die Nahrungsmittelverfälschung geschaffen. Sobald eine Kanne Milch zur Stadt gebracht wird, wird dieselbe sogleich auf ihren Gehalt geprüft, man denkt aber nicht daran, dieselbe Maßregel dem Branntwein gegenüber in Anwendung zu bringen. Der Schankwirth ist derjenige Gewerbetreibende, der in dieser Beziehung die größte Schonung erfährt. Auf Grund dieser meiner Ausführungen ersuche ich Sie, den von der Commission proponirten Thesen zuzustimmen. (Beifall.)

Der erste Correferent, Freiherr v. Thüngen-Thüngen erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. Bayern — so bemerkte der Redner — genieße bezüglich der Branntweinbesteuerung Reservatrechte. Da nun in Folge des Monopols diese Reservatrechte aufgehoben werden dürften, so werde in Bayern eine entsprechende Entschädigung dafür erwartet. — Der zweite Correferent, Gutsbesitzer und Bürgermeister Nels (Ober-Jenk) pflichtete ebenfalls den Ausführungen des Referenten bei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Folge der durch das Monopol erzielten Einnahmen den Landwirthschaft entlastet werden würde. Inzwischen erschien Staatsminister v. Bötticher, Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius, der bayerische Ministerial-Rath Dr. Kagner, der sächsische Bundesbevollmächtigte Graf von Hohenhal, der braunschweigische Bundesbevollmächtigte, Geh. Regierungs-Rath Freiherr von Gram-Burgsdorf, der hamburgische Bundesbevollmächtigte, Senator Dr. Versmann, Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Voccius vom Reichsschatzamt, Geh. Regierungs-Rath von Heydebrandt und der Kassa vom landwirthschaftlichen Ministerium und der Präsident des Deutschen Reichstags, von Wedell-Piesdorf.

Staatsminister von Bötticher richtete an die Versammlung etwa folgende Worte:

M. H.! Ich habe es bedauert, daß ich nicht schon früher Ihren Verhandlungen beiwohnen konnte. Es gereicht mir deshalb vor um so größeren Freude, daß es mir heute meine Zeit gestattet, Ihren Verhandlungen beiwohnen und Ihre Wünsche bezüglich zweier wichtiger Fragen entgegennehmen zu können. Die Regierung erachtet es für nothwendig, über alle Gesetzentwürfe auch die Vertreter der Landwirthschaft zu hören. Der Herr Reichskanzler, in Uebereinstimmung mit den Intentionen Sr. Majestät des Kaisers, ist befreit, alle Klagen und Beschwerden der Landwirthe ernstlich zu prüfen und nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen. Sie sehen ja, daß die Regierung von Neuem wieder befreit ist, einer vorhandenen Calamität zu steuern. Wenn nun Ihre Forderungen nicht sämmtlich und nicht in so schnellem Tempo, wie Sie es wünschen, erfüllt werden, so

Wildes Blut.*)

[112]

Erzählung in zwei Abtheilungen von **Baldwin Möllhausen.**

Ich bitte um Verzeihung, Frau Barnard, nahm Graham den Faden seiner Mittheilungen unbeeinträchtigt wieder auf, diese Frage dürfte erst in zweiter Reihe Aufmerksamkeit erheischen. Es erscheint also Herr Walfort, und nach mehrmonatlichem Aufenthalt in dortiger Gegend verschwindet er mit der jungen Waise ebenso geheimnißvoll, wie er gekommen, unbekümmert um Vormund oder bindende Vereinbarungen, und taucht hier mit ihr auf. Ob eine heimliche Entführung stattgefunden hat, ob Täuschungen oder Vorspiegelungen — unbekannt der Ehrenhaftigkeit des Herrn Walfort — ihm den entscheidenden Einfluß auf das junge Mädchen verschafften, würden spätere Untersuchungen feststellen, sofern Herr Walfort nicht selber geneigt sein sollte, die betreffenden Erklärungen zu erteilen. Und nun, meine Herren, bitte ich um Ihr Urtheil, ob Herr Walfort berechtigt gewesen, mehr zu thun, als sich von dem Wohlergehen der jungen Waise zu überzeugen, bevor er sich einer allen Begriffen von Recht und Gesetz zuwiderlaufenden Handlung schuldig machte.

Ich bin bereit, die Anklage auf ihren wahren Werth zurückzuführen, erklärte Walfort vollständig leidenschaftslos, und da richtete ich zunächst die Frage an Sie, Herr Graham, ob Sie vor ungefähr vierzehn Jahren die verstorbenen Walforts besuchten?

Auf diese Frage war Graham am wenigsten vorbereitet, antwortete aber schnell gefaßt:

Ich besuchte sie zu der gedachten Zeit im Auftrage der Frau Emilia Barnard, um mich über ihre Lage zu unterrichten.

Und boten ihnen fünftausend Dollars, wenn sie für ihr kleines Töchterchen den Vertrag abschließen würden, daß dasselbe nie, weder mittelbar noch unmittelbar sich in Verkehr mit seinen hiesigen Verwandten setze, es überhaupt in Unkenntniß über die hiesigen Verhältnisse bleibe.

Frau Emilia veränderte ihr Antlitz merklich. Gespannt sah sie zu Graham empor, der einen Ausdruck peinlichen Erstaunens nicht ganz zu verheimlichen vermochte, jedoch kaltblütig bemerkte:

Ich verstehe Sie nicht.

So will ich Ihrem Gedächtniß zu Hilfe kommen. Sie entinnen sich vielleicht eines alten Forstmannes, welcher Ihrem Zwiesgespräch mit Walfort ein Ziel setzte?

Nur dunkel.

Wohlan, so ist diesem alten Jäger heute noch um so erinnerlicher, was der verstorbene Walfort in seiner heftigen Erregung ihm anvertraute. Bevor ich von dort abreiste, ließ ich den alten Herrn seine Aussagen zu Papier bringen und endlich erklärten, hier ist die Urkunde — und Walfort zog ebenfalls ein zusammengefaltetes Papier hervor.

Ich hoffe, Sie leugnen nicht, daß Sie einen Druck auf die Eltern zum Nachtheil von deren Töchterchen beabsichtigten.

Ich bestritte es dennoch, antwortete Graham lebhaft, doch machte

*) Nachdruck verboten.

sich ein gewisser Grad von Unsicherheit bemerklich; ja, ich bestritte es. Ihr Zeugniß dort hat in meinen Augen eben so wenig Werth, wie die nach vierzehn Jahren wiederholten, in heftiger Erregung — wie Sie angeben — gesprochenen Worte eines längst Verstorbenen.

Sie lassen die Aussagen des alten Forstmannes nicht gelten, erwiderte Walfort gemessen, wohlan, so will ich nur wünschen, nicht in die Lage versetzt zu werden, die aufrichtig gemeinte Schonung fallen lassen zu müssen. Er zog ein anderes in Briefform zusammengelegtes Papier hervor und hob es ungeöffnet empor, indem er fortfuhr: Hier ist der Brief, welchen Sie damals der Frau Walfort unbemerkt einhändigten, ein Brief, dessen Inhalt einen derartigen erschütternden Eindruck auf die junge Frau ausübte, daß sie aus Scham und Kummer ihn vor ihrem Manne zu verheimlichen wünschte und ihn daher in ihrer Noth dem zufällig erscheinenden alten Forstmanne zustellte. Ich wiederhole ausdrücklich: Der Inhalt dieses Briefes, welchen außer der Verstorbenen und mir kein Mensch kennen lernte, bleibt mein eigenes, zur Verächtung bestimmtes Geheimniß, so lange ich nicht zur Preisgebung gezwungen werde. Er sann einige Secunden nach; vermieð aber mit Bedacht, seine Blicke auf Frau Emilia, die Schreiberin des Briefes, zu richten, um ihr die Umkehr auf dem vom Haß vorgeschriebenen Wege zu erleichtern. Sich eines sorglosen Tones beseisigend, wandte er sich darauf mit seinen Erörterungen wieder an Graham, der, obwohl äußerlich ruhig, hin und wieder die Unterlippe zwischen die Zähne klemmte.

Gehen wir zu einem andern Punkt über. Wie Sie das Zeugniß des alten, ehrenwerthen Forstmannes, so verwerfe ich den von dem Vormunde ausgestellten Revers als einen — ich bediene mich einer milden Bezeichnung — als einen erkaufen.

Wie von einem elektrischen Schläge durchströmt, zuckte Graham zusammen, während das Antlitz der Frau Emilia Barnard, eben noch starr und bleich, einen eigenthümlichen Ausdruck feindseligen Erstaunens erhielt. Graham gewann indessen schnell seine Fassung zurück und entgegnete achselzuckend:

Bei Verhandlungen, wie die eben geführte, darf man die Worte nicht zu schwer in die Waagschale fallen lassen. Ich beschränke mich daher darauf, Ihr „erkaufen“ als ungehörig zurückzuweisen. Um eine Erklärung muß ich aber bitten, wodurch Sie Ihre Anklage begründen.

Es soll sofort geschehen, versetzte Walfort unter dem tiefen Schweigen der Spannung aller Anwesenden. Dann begab er sich hinaus; bevor aber noch unter den Zurückbleibenden sich ein neues Gespräch entwickelte, kehrte er zurück, begleitet von Wilm, der auf seine Art höflich grüßte und mit ruhigem Selbstbewußtsein sich neben Walfort aufstellte.

Kennen Sie den Mann? wandte dieser sich an Graham, indem er auf Wilm wies.

Graham betrachtete den frühern Schmuggler flüchtig und antwortete nachlässig:

Ich entinne mich nicht, ihn je gesehen zu haben.

Vielleicht ist Ihr Gedächtniß schärfer, kehrte Walfort sich Wilm zu, sind Sie diesem Herrn schon einmal im Leben begegnet?

Und zu Graham's heimlicher Bestürzung antwortete Wilm in fließendem Englisch:

Den Herrn kenne ich so genau, als hätte ich mit ihm auf derselben Schulbank gesessen. Vier Jahre ist's wohl her, da verhandelte er mit dem Controleur Ditte in dessen Vorgarten unter dem großen Nußbaum. Ich selbst war mit der Wege-Einfassung beschäftigt, den beiden Herren aber nahe genug, um jedes Wort zu verstehen, welches in englischer Sprache zwischen ihnen gewechselt wurde.

Können Sie den Inhalt jenes Gespräches wiederholen? forschte Walfort weiter, nicht achtend Graham's, der in seiner Wuth plötzlich die Sprache und damit seine Ueberlegung verloren zu haben schien.

Jedes einzelne, gab Wilm unbedenklich zu, fand ja Zeit genug, sie meinem Gedächtniß einzuprägen. Die beiden Herren einigten sich nämlich darum, daß der Controleur Ditte fünftausend Dollars für Fräulein Walfort ausgezahlt erhalten sollte, außerdem fünfhundert Dollars für sich selber, wenn er eine vormundschaftliche Verpflichtung unterschriebe. Dabei erklärte der Controleur, daß ihm das Mädchen durch keine Macht der Erde entzogen werden könne. Dann gingen die beiden Herren ins Haus, und als der Controleur Ditte später erfuhr, daß ich kein Gespräch mit dem Herrn dort verstanden haben müsse, packte ihn wohl Angst, denn er sorgte dafür, daß mir das Sprechen so lange unmöglich gemacht wurde, bis Fräulein Walfort großjährig —

Gut, Wilm, das thut's, fiel Walfort ein, hoffentlich erweist es sich nicht als nothwendig, daß Sie zu einer ausführlichen Schilderung aufgefordert werden. Dann zu Graham gewandt: Wenn ich in meinen Mittheilungen nur wenig über die Grenzen von Andeutungen hinausgehe, so geschieht es, weil ich in Ihnen andere zu schonen wünsche. Ganz schweigen kann ich allerdings nicht; es steht Ihnen ja frei, mich zu berichtigen, wo ich mir Ungenauigkeiten zu schulden kommen lassen sollte. Die Aussage des jungen Mannes hier war also Ursache, daß ich Florence's Vormund, den Controleur Ditte, in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der Lady Liberty zur Rede stellte. Da gelang es mir denn leicht genug, unter Hinweisung auf die Behörden, ihn dazu zu bewegen, nicht nur den ganzen Hergang zuzugestehen, sondern auch keine Einwendungen zu erheben, wenn ich mit Florence Walfort mich auf den Weg hierher begeben würde.

Er begriff, daß er keinem edlen Zwecke gedient hatte, und war sicher froh, als wir erst seinem Gesichtskreise entschwunden waren. Hiermit glaube ich dargethan zu haben, daß ich weder gewaltsam noch durch Anwendung von List die damals des Rathes und des Schutzes bedürftige Waise entführte, sondern berechtigt dahin begleitete, wo sie herzlich willkommen geheißen wurde —

Und mir willkommen bleiben wird, so lange meine alten Augen offen stehen, fügte Lady Liberty, mit ungewöhnlicher Wärme einfallend, hinzu.

(Fortsetzung folgt.)

richte ich die Bitte an Sie, zu erwägen — und ich gelange zu dieser Bitte gerade heute, wo mir eine Petition aus Handelskreisen zugegangen ist — daß die Wünsche, welche die Landwirtschaft hegt, nicht alle befriedigt werden können, ohne die Interessen anderer Kreise zu schädigen, und daß Ihre Wünsche sich nicht in schnellerem Tempo erledigen lassen. Sie können sich jedoch unserer wärmsten Sympathien versichert halten, denn die deutsche Reichsregierung ist der Ueberzeugung, daß ohne Prosperität der Landwirtschaft eine gedeihliche Entwicklung unserer gesammten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich ist. (Bravo.) Sie können sich daher versichert halten, daß die deutsche Reichsregierung Ihre Wünsche prüft, Ihre Vorschläge gern entgegennehmen und denselben nach Möglichkeit Rechnung tragen wird. Ich wiederhole, ich freue mich deshalb, Ihren Verhandlungen heute, wo Sie eine so wichtige Tagesordnung zu berathen haben, beizubehalten zu können. (Lebhafter Beifall.)

Rittergutsbesitzer v. Sauten-Tarpuzen: Ich will auf die Details der Frage nicht eingehen, da ich die Ueberzeugung habe, daß die Frage in dieser Versammlung bereits entschieden ist. (Rufe: Sehr richtig!) Ich will deshalb nur einige principielle Bedenken geltend machen. Ich bemerke zunächst, daß es doch sehr bedenklich ist, einen so wichtigen landwirtschaftlichen Produktionszweig von der zufälligen Majorität des Reichstages abhängig zu machen. (Widerpruch.) M. H.! Wenn das Monopol Gesetz wird, dann hat der Reichstanzler und der Reichstag zu bestimmen: ob und welche Ausdehnung eine Brennerei haben soll u. s. w. Nun ist doch zu erwägen, daß wir einen bereits 70jährigen Reichstanzler haben und daß wir uns darauf vorbereiten müssen, auch einmal einen anderen Reichstanzler zu erhalten. (Rufe: Leibel!) Daß ein Gewerbe, das einer verächtlich schwankenden Abhängigkeit unterworfen ist, nicht reuflören kann, ist selbstverständlich. Der Landwirtschaft wird durch das Monopol eben so wenig geholfen werden, wie durch die landwirtschaftlichen Bölle. Wenn die Landwirtschaft sich vor Demoralisation bewahren wollen, dann müssen sie sich endlich daran gewöhnen, sich auch durch eigene Kraft zu helfen und nicht immer die Hilfe von anderer Seite zu erhoffen. (Widerpruch.) M. H.! Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ostpreußen; diese Provinz hat anlässlich seines zur Zeit ausgefohenen Nothrufes 10 Jahre lang wirtschaftlich zu büßen gehabt.

Gutsbesitzer Freiherr v. Uthen (Sorge in Brandenburg): Ich muß dem Herrn Vorredner bemerken, daß durch das Monopol eine Abhängigkeit der Brennereibesitzer nicht entstehen kann. Durch das Gesetz wird ja die ganze Angelegenheit außerhalb des Parlaments gestellt. Wenn die landwirtschaftlichen Bölle die landwirtschaftliche Krisis noch nicht beseitigt haben, so liegt dies in den Verhältnissen. Zweifellos wäre ohne die Bölle die Krisis eine noch viel größere. Jedenfalls ist das Monopol geeignet, die kleineren Brennereibesitzer von dem ihnen drohenden Untergange zu retten. (Beifall.)

Rittergutsbesitzer Seiler (Neuenfels): Ich bin im Princip für das Monopol, obwohl ich der Meinung bin, daß dasselbe dem schwersten Schaden der Landwirtschaft, der Ueberproduktion von Spiritus, Milch und Fleisch, nicht steuern wird und obwohl ich befürchte, daß dadurch die Brennereibesitzer sehr wesentlich der Beamtenwillkür anheimfallen werden. Dadurch kämen wir allerdings von dem Regen in die Traufe. Ich kann mich deshalb nur für das Monopol erklären, wenn in den Gesetzentwurf Normen aufgenommen werden, die die erwähnten Befürchtungen beseitigen.

Rittergutsbesitzer v. Below-Saleske: Ich muß dem Herrn Vorredner bemerken, daß ich die Willkür nicht fürchte. Ich habe zu der Regierung so viel Vertrauen, daß ich nicht glaube, sie werde die ihr gegebene Machtvollkommenheit irgendwie mißbrauchen. Eine gewisse Abhängigkeit ist immer vorhanden. Jetzt sind wir von der Böse abhängig, wenn das Monopol eingeführt sein wird, dann werden wir von den Beamten abhängig sein. Ich muß jedoch bekennen, daß mir die Abhängigkeit von den Beamten lieber ist als die von der Böse. Ich bemerke Herrn Seiler ferner, wir befinden uns nicht nur im Regen, sondern schon in der Ueberschwemmung. Schlechter können also die Verhältnisse kaum noch werden. Ich würde deshalb jeder Monopolentwurf annehmen, auch wenn ich ihn für mangelhaft halten würde. Im Uebrigen haben unsere Beamten vielfach den Beweis geliefert, daß sie den praktischen Bedürfnissen wohl Rechnung zu tragen wissen. Daß Herr von Sauten-Tarpuzen sich auf den bloß negativen Standpunkt zurückgezogen hat, bedauere ich umso mehr, da er uns anderenfalls ein sehr schätzbarer Bundesgenosse gewesen wäre. Es ist eben der Krebszahn unserer Zeit, daß man jede wirtschaftliche Frage zu einer politischen macht. Ich erlaube Sie, dem Gesetzentwurf, der im Allgemeinen alle ethischen, wirtschaftlichen und socialpolitischen Gesichtspunkte berücksichtigt hat, zuzustimmen. (Beifall.)

Graf v. Lerchenfeld (Höfering): Ich kann die optimistischen Erwartungen, die hier an den Gesetzentwurf geknüpft sind, nicht theilen. Einmal bezweifle ich, daß in Folge des Monopols die Ueberproduktion beseitigt werden wird, andererseits vermitte ich in dem Gesetzentwurf Bestimmungen, nach welchen unter dem Monopol Concessionen für neue Anlagen erteilt werden können. Derartige Grundzüge müssen fixirt werden, um der Bevorzugung einzelner Länder oder Landestheile vorzubeugen und zu verhindern, daß Concessionen an nicht speciell landwirtschaftliche Betriebe erteilt werden. Im Uebrigen ist doch zu erwägen, daß es noch gar nicht fest steht, ob das Monopol Gesetz werden wird. Es wäre doch rathsam, auch diese Seite der Sache ins Auge zu fassen.

Rittergutsbesitzer Abg. Dr. Frege (Abtaundorf): Ich begrüße das Monopol freudig, obwohl ich das Gesetz in allen Einzelheiten noch nicht genügend geprüft habe. Ich bin jedoch der Meinung, so lange ein Hohenzoller an der Spitze unserer Staatsverwaltung steht, so lange wird für die Landwirtschaft in Deutschland Sorge getragen werden. (Beifall.)

Rittergutsbesitzer Freiherr von Dehlschlager (Ober-Langenau, Sachsen): Ich bin im Princip mit dem Monopol einverstanden, da ich keinen anderen Ausweg sehe, dem Brennereibetrieb aufzuhelfen und dem Ueberhand nehmenden Schnapsconsum zu steuern. Andererseits ist aber in Erwägung zu ziehen, daß eine Institution geschaffen werde, die dem Staate 200 Millionen Mark einbringen soll, eine Summe, die bisher dem freien Verkehr überlassen gewesen. Es muß ferner in Erwägung gezogen werden, daß es viele nicht landwirtschaftliche Brennereibesitzer giebt, die aber ihre Rohmaterialien von den Landwirthen beziehen. Es muß deshalb im Gesetz vorgeesehen werden, daß der Brennereibetrieb im Verhältnis zu der

wachsenden Bevölkerung ausgedehnt werden kann und daß Joken eingerichtet werden, in denen die Spirituspreise zc. bestimmt werden, denn es ist undenkbar, das ganze Reich in dieser Beziehung über einen Kamm zu scheeren. Ferner befürchte ich, daß die Strafbestimmungen, die bisher noch nicht veröffentlicht worden sind, allzu scharf werden dürften. Es ist doch nicht angänglich, daß ein Brennereibesitzer für jede Dummheit seiner Leute eine harte Strafe erleiden soll.

Rittergutsbesitzer Knauer (Gröbers): Er stimme dem Monopol unter der Bedingung zu, daß der Minimalpreis von Spiritus auf 34 M. erhöht werde, der kartoffelbauende Landwirth könne sonst seine Rechnung nicht finden.

Rittergutsbesitzer Frhr. v. Hammerstein (Vortem bei Osabrück): Ich begrüße das Monopol ebenfalls mit Freuden, obwohl ich nicht mit allen Einzelheiten des Gesetzes einverstanden bin. Allein ein solches Gesetz ist lediglich nach großen allgemeinen Gesichtspunkten zu beurtheilen. Fest steht aber, daß das Monopol geeignet ist, dem Staate eine sehr große Einnahmequelle zu schaffen, dem landwirtschaftlichen Brennereibetriebe aufzuhelfen und der Branntweinsteuer zu steuern. Im Uebrigen entspricht doch das Monopol den Anforderungen der Liberalen, die uns stets vorgeworfen haben, daß wir den Schnaps nicht besteuern lassen wollen. (1.)

Prof. Dr. v. Miaszowski (Breslau): Er begrüße den Monopolentwurf, da in demselben das Zugeständnis der Regierung enthalten sei, daß der Branntwein für Steuerzwecke stärker bluten müsse; er könne dem Entwurf aber nur zustimmen, wenn genügende gesetzliche Garantien dafür gegeben seien, daß von der Monopolverwaltung der ausländische Branntwein nicht vor dem inländischen bevorzugt werde, daß die Concessionierung und Erweiterung der Brennereibetriebe nach festen Normalbestimmungen erfolge und daß der Verkaufspreis des Branntweins so hoch normirt werde, daß die ins Auge gefaßte Befämpfung der Branntweinsteuer mit Erfolg geschehen könne.

Prof. Dr. Orth (Berlin): Er werde sich der Abstimmung enthalten, da ihm die Einzelheiten des Entwurfs noch nicht bekannt sind. Nach kurzen persönlichen Bemerkungen gelangten, unter Ablehnung aller anderen Anträge, die Beschlüsse der Referenten mit unwesentlicher Aenderung zur Annahme.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. [Der Wortlaut des päpstlichen Vermittlungsvorschlags bezüglich der Karolineninseln] lautet nach dem „Moniteur de Rome“:

Die Entdeckung eines Theils der Karolinen- und Palaos-Inseln durch Spanien im 16. Jahrhundert und eine Reihe von Handlungen, welche die spanische Regierung zu verschiedenen Zeiten auf diesen Inseln zum Wohl der Eingeborenen vollzogen hat, haben nach der Ueberzeugung der spanischen Regierung und Nation ein Souveränitätsrecht geschaffen, das sich auf die Grundzüge des internationalen Rechtes stützt, die während dieser Zeit bei ähnlichen Verwickelungen angerufen und verfolgt worden sind. Wenn man die Gesamtheit der oben erwähnten Handlungen ins Auge faßt, deren Wichtigkeit überdies durch verschiedene Schriftstücke in den Archiven der Propaganda bestätigt wird, so kann man den wohlthätigen Einfluß Spaniens auf die Bewohner dieser Inseln nicht verkennen. Außerdem muß man beachten, daß keine andere Regierung einen ähnlichen Einfluß auf dieselben ausgeübt hat. Und das erklärt die ständige Ueberlieferung, der man Rechnung tragen muß, und die Ueberzeugung des spanischen Volkes in Bezug auf diese Souveränität, eine Ueberlieferung und eine Ueberzeugung, welche vor zwei Monaten mit einem Eifer und einer Lebhaftigkeit zu Tage getreten sind, daß sie geeignet waren, für einen Augenblick den inneren Frieden und die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen in Frage zu stellen. Andererseits haben sowohl Deutschland wie England im Jahre 1875 der spanischen Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie die Souveränität Spaniens über die besagten Inseln nicht anerkannten. Die kaiserliche Regierung meint im Gegentheil, daß nur die tatsächliche Besitzergreifung eines Gebietes das Recht der Souveränität über dasselbe verleihe, daß aber eine derartige Besitzergreifung der Karolinen durch Spanien niemals stattgefunden habe. Dilem Grundlag gemäß hat sie auf der Insel Yap verfahren und, wie es ihrerseits die spanische Regierung getan hat, erkennt der Vermittler in Bezug hierauf gern an, daß die kaiserliche Regierung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. In Folge dessen und damit die abweichenden Anschauungen der beiden Regierungen kein Hindernis für eine ehrenvolle Regelung bilden, schlägt der Vermittler nach genauer Prüfung aller Verhältnisse vor, daß das neue Abkommen an die Form des Protokolls sich halte, welches hinsichtlich des Sulu-Archipels am verflohenen 7. März zu Madrid zwischen den Vertretern Großbritanniens, Deutschlands und Spaniens abgeschlossen wurde, und daß man folgende Punkte annehme:

- 1) Anerkennung der Souveränität Spaniens über die Karolinen- und Palaos-Inseln. 2) Um diese Souveränität wirksam zu machen, verpflichtet sich die spanische Regierung, auf den genannten Inselgruppen sobald wie möglich eine geordnete Verwaltung einzurichten, mit einer Macht, welche stark genug ist, um die Ordnung und die erworbenen Rechte zu gewährleisten. 3) Spanien gewährt Deutschland volle und ganze Freiheit des Handels, der Schifffahrt und der Fischerei auf diesen Inseln, wie auch das Recht, daselbst eine Schiffs- und Kohlenstation zu errichten. 4) Ebenso wird Deutschland die Freiheit zugesichert, Plantagen auf diesen Inseln anzulegen und landwirtschaftliche Niederlassungen in derselben Weise wie spanische Unterthanen zu errichten.

Rom, im Vatican, 22. October 1885.

(L. S.) **Gez. V. Cardinal Jacobini,**
Staatssecretär Sr. Heiligkeit.
Das Protokoll vom 17. December v. J. bestimmt zunächst, daß als Grenzen des Karolinen- und Palaos-Archipels der Aequator und der 11. Grad nördlicher Breite, sowie der 133. und 164. Längengrad von Greenwich zu betrachten sind. Die Rechte der Deutschen in Bezug auf Handel, Schifffahrt, Plantagen-Erwerb und Anlage zc. werden genau specialisirt. Da, wo Spanien keine wirkliche Occupation unter Einrichtung von Behörden vornimmt, sollen die Deutschen über-

haupt keiner Beschränkung irgend welcher Art unterliegen, und an Orten, wo eine effective spanische Besitzergreifung stattgefunden hat, nur denselben Vorschriften wie die Spanier, wobei Jölle nicht in höherem Betrage, als jetzt in den spanischen Besitzungen oder nach Verträgen Spaniens, erhoben werden dürfen; auch darf deutschen Schiffen nicht das Anlegen an bestimmten Punkten zugemuthet werden. Tarife oder andere Reglements treten erst acht Monate nach ihrer in Madrid erfolgten amtlichen Bekanntmachung in Kraft. Alle erworbenen Rechte Deutscher werden anerkannt. Deutsche Actiengesellschaften sind rechtsfähig. Ueber den Ort für die deutsche Schiffs- und Kohlenstation wird eine Vereinbarung der beiden Regierungen vorbehalten. Der letzte Artikel des Protokolls lautet: „Wenn die Regierungen von Spanien und Deutschland nicht binnen acht Tagen ihre Zustimmung zu diesem Protokoll verweigern, oder wenn sie ihm vor diesem Termin durch ihre beiderseitigen Vertreter zustimmen, so werden die gegenwärtigen Erklärungen unmittelbar in Kraft treten.“

* [Auszeichnung.] Die Kaiserin beehrte den Herausgeber der „Deutschen Jugend“, Julius Lohmeyer, anlässlich des Gedrucks seiner Mustercollektion von Künstlerbildbüchern (Verlag von Meißner und Buch in Leipzig) „in Anerkennung seiner Verdienste um die Jugendliteratur“, durch Ueberreicherung einer künstlerisch ausgeführten Ehrengabe mit dem Bilde des Kaiserlichen Kaisers.

Der Bericht über die Betriebsergebnisse der Post- und Telegraphenverwaltung pro 1882-1884 gibt ein Bild von dem fröhlichen Aufschwung und der gedeihlichen Entwicklung, welche die beiden Verkehrsweige in neuester Zeit genommen haben. Die beiden Abschnitte: „Gebiet- und Verkehrs-Anstalten und Gesehgebung“ lenken besonders die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich. Namentlich der erstere, Gebiet- und Verkehrs-Anstalten, zeigt die rastlose Thätigkeit, das Organisations- und Administrationsgeschick, die Fürsorge der betreffenden Behörde im besten Licht und gewährt einen Maßstab zur Beurtheilung der ungewöhnlichen Dienst- und Leistungsfähigkeit des deutschen Post- und Telegraphenpersonales — Die Gesamtzahl der auf deutschem Boden und im Auslande functionirenden Postanstalten hat sich von 10 582 im Jahre 1882 auf 13 406 im Jahre 1884 erhöht, so daß jetzt auf je 2893 Seelen eine Postanstalt entfällt. In besonders rühriger und erfolgreicher Weise ist die Verwaltung bemüht gewesen, das Netz der Verkehrsanlagen auf dem platten Lande zu vergrößern, um die Landbevölkerung an den Vorzügen des regelmäßigen Postverkehrs Theil nehmen zu lassen. Seit der Neuordnung des Landpostwesens — das heißt seit dem 1. April 1881 — haben im Ganzen 6071 Ortschaften auf dem platten Lande ständigen Postdienst erhalten, davon 1429 Postagenturen und 4642 Posthilfsstellen. Die Postagenturen bilden die Stützpunkte für den Landbestelldienst — die Posthilfsstellen sind von vornherein dazu bestimmt, als Ergänzungsanlagen für den Landbestelldienst zu dienen. Ihr Bestehen giebt den beteiligten Landbewohnern vermehrte Postgelegenheit. Der überraschend lebhafte Verkehr, der sich auf dem Lande entwickelt, zeigt, daß die ländliche Bevölkerung die Vortheile der neuen Einrichtung schnell erkannt hat. Die Zahl der durch Posthilfsstellen besorgten Landpostgegenstände beträgt schon jetzt mehr als 24 Millionen Stück im Jahr, die Einnahme für Freimarken, welche von diesen Stellen abgesetzt worden sind, über 1 Million Mark. Unter den Sendungen befinden sich 14 1/2 Millionen Briefe zc., 8 Millionen Druckfachen und 1 Million Pakete ohne Werthangabe; den Rest bilden 410 000 Stück Postanweisungen, Gelbbriefe und Werth- zc. Pakete, welche von den Landbewohnern den Posthilfsstellen-Zahlhabern behufs Uebermittlung an die Landbriefträger zugestellt worden sind. Die obige Gesamtzahl von 24 Millionen Sendungen umfaßt 16 Millionen angekommene und 8 Millionen abgegebene; erstere wären ohne das Eintreten der Posthilfsstellen von den Landbriefträgern zu bestellen, letztere unmittelbar einzusammeln gewesen. Neudienste sind mit der Einrichtung von Posthilfsstellen auch an solchen Orten vorgegangen worden, welche ihre Verbindungen lediglich durch Landbriefträger zu Fuß erhalten. Die Verwaltung einer Posthilfsstelle gilt als Ehrenamt, ist also mit einer eigentlichen Besoldung nicht verbunden. — Hinsichtlich der weiteren Ausdehnung und Verzweigung des Telegraphenwesens ist das Bestreben der Verwaltung in erster Linie dahin gerichtet gewesen, die in den telegraphischen Einrichtungen auf dem platten Lande noch bestehenden Lücken thunlichst auszufüllen. Zu diesem Zweck ist zunächst die Zahl der Telegraphen-Anstalten in Verbindung mit bestehenden Post-Anstalten erheblich vermehrt worden. Um aber auch den Bewohnern von Orten, deren verhältnismäßig geringer Verkehr die Einrichtung von Post-Anstalten nicht zulässig erscheinen ließ, die Möglichkeit zu bieten, namentlich bei plötzlichen Erkrankungen, Unglücksfällen, Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen und dergl. sofort Nachrichten auf telegraphischem Wege absenden oder empfangen zu können, wurde im Jahre 1883 zur Einrichtung von Telegraphen-Anstalten in Verbindung mit den bestehenden Posthilfsstellen übergegangen. Die Anzahl der Reichs-Telegraphen-Anstalten, von 5896 Ende 1881, ist einschließlich 357 Telegraphen-Anstalten auf 7535 Ende März 1885, mithin um 1639 oder 27,8 pCt. vermehrt worden. Es entfällt je eine Telegraphen-Anstalt auf 59,08 Quadratkilometer und auf 5040 Einwohner. Auf die innerhalb der Post- und Telegraphen-Verwaltung beschäftigten Arbeiter, 2000 an der Zahl, ist das Gesetz, betreffend die Krankenversicherung, angewendet worden, und werden für dieselben jährlich 14 900 Mark Versicherungsbeiträge aus der Reichskasse gezahlt. Die bevorstehende Ausdehnung des Krankentafels und des Unfallversicherungs-Gesetzes auf Transportgewerbe, wird auf eine bedeutend größere Zahl von Angehörigen der Post und Telegraphie Anwendung finden. Für Erklärleistungen sind in den drei Jahren 1882, 1883, 1884 durchschnittlich 125 764 Mark pro Jahr gezahlt worden; die Zahl der abhanden gekommenen Pakete ohne angegebene Werth hat für den genannten Zeitraum durchschnittlich nur ein Stück auf 28 000 betragen.

[Verurtheilung.] Als die bekannten sensationellen Artikel der „Ball Mall Gazette“ über den Junfrauen-Tribut im modernen Babylon erschienen, veranlaßte das „Kleine Journal“ von diesen Schilderungen Londoner Sittenverhältnisse eine Uebersetzung, welche in einer Separatausgabe des Blattes unter das Publikum gebracht wurde. Die Staatsanwaltschaft verfügte

Kleine Chronik.

Breslau, 12. Januar.
Großer Schneefall in Wien. Seit der Nacht von Sonnabend auf Sonntag ist Wien im Schnee begraben, auf der Ringstraße ruht ein Fuß hoher weißer Teppich. Sie bot noch Sonntag früh das Bild einer endlosen Schnee-Ebene; ferner hat die Transportgesellschaft in Schweiß ihres Angesichts daran gearbeitet, Gebirgsformationen herzustellen. Der Schneefall vom 9. Januar war einer der stärksten, der seit langer Zeit in Wien beobachtet wurde, und nach vielen Jahren hörte man Sonntags früh in der Innern Stadt Wien das Glöckchengeläute der Schlittensperde. Für die Herstellung der Passagen ist rasch gesorgt worden, alle Uebergänge wie die Trottoirs im ersten Bezirk waren früh bald vom Schnee befreit, so daß nirgends eine nennenswerthe Passagierstörung eintrat. Noch im Verlaufe der Nacht des 9. Januar hatte die Transport-Gesellschaft über 5000 Arbeiter aufgeboden und zur Verführung des Schnees alle nur möglichen, augenblicklich disponibeln Befehle herbeigeschafft. Der Schnee fiel in dichten, starken Flöden ohne Unterbrechung von Sonnabend 10 Uhr Abends bis Sonntag früh. Die Fabriken der Tramway und der Omnibus erlitten Verpätungen, ebenso auch die fälligen Eisenbahnzüge, die in den Früh- und Vormittagsstunden einlangen sollten. Die Wiener Tramway-Gesellschaft konnte den Verkehr erst um halb 10 Uhr Vormittags aufnehmen, indeß die Vororte-Tramway die Strecke von der Sternwartstraße durch die Felbgasse nach Döbling bis Mittag von den mächtigen Schneemassen nicht reinigen lassen konnte, so daß der Verkehr ganz eingestellt war. Unfälle haben sich glücklicherweise nicht ereignet.

Postalischer Nothschrei! Ein empfindlicher Nothstand wird im Postbestelldienst durch die vielen Briefe mit unvollständiger Adresse hervorgerufen; die Zahl derselben hat in wahrhaft erschreckender Weise zugenommen. Beim Stadtpostamt in Berlin allein gehen durchschnittlich täglich achttausend Briefe mit mangelhafter Adresse ein. Aehnlich ungünstige Wahrnehmungen sind in anderen größeren Orten des Reichspostgebiets gemacht worden. Es leuchtet ein, welche unglückliche Mühe und Arbeit der Post erwächst, um bei einer solchen Zahl von Briefen die Adressen zu vervollständigen. Und doch ist diese Mühe zum Theil vergeblich; ungeachtet aller Anstrengungen der Postverwaltung bleiben in Berlin täglich etwa 1200 Briefe unbestellbar, welche nach dem Aufgabedort zurückgeschickt werden müssen. Die mangelhaften Briefaufschriften verursachen also nicht nur unnötige Belästigungen der Post, sondern auch wesentliche Nachtheile für Absender und Empfänger. Besserung dieser Verhältnisse ist lediglich von dem Publikum selber zu er-

hoffen. Zunächst müßten die in Berlin und anderen großen Städten Einzelbriefe bei ihren Briefen nach außerhalb durchweg ihre Wohnung nach Straße, Hausnummer und — bei Berlin — nach Postbezirk (W., SW. zc.) angeben, was sich bei starker Correspondenz durch Vordruck auf den Briefumschlägen oder Briefbogen leicht bewerkstelligen läßt. Aufgabe der auswärtigen Briefschreiber wäre es, bei ihren Antworten jederzeit die volle Adresse, einschließlich der Wohnungsangabe, anzuwenden. Ganz besonders muß aber bei der Abfassung der Aufschriften vor der Benutzung veralteter Adresskalender, Wohnungsanzeiger, Handbücher u. s. w. gewarnt werden.

Karlsbader Krieg. Man schreibt der „N. Fr. Pr.“ aus Karlsbad unterm 8. d.: Die Stadtgemeinde von Karlsbad hat gestern in öffentlicher Sitzung einer größeren Zahl Einwohner des Ortes Neufischern den Krieg erklärt. Der letztgenannte Ort ist von der Sprudelstadt nur durch die Egerbrücke getrennt. Die Folge davon ist, daß seit einer Reihe von Jahren viele Gurgäste in Neufischern Wohnung nehmen und, da Neufischern nicht zu Karlsbad gehört, weder Kur- noch Muftikare zu entrichten haben. In der vergangenen Saison beorderte nun der Karlsbader Bürgermeister alljährlich beim Morgengrauen einige auserwählte, handfeste Gemeinde-Bedienteste zum Fischerer Brückenkopf mit dem strengen Befehl, jedem von Neufischern kommenden, durch den obligaten Niemen und Trinkbecher kenntlichen Mineralwassertrinkenden zu folgen und bei den Quellen dem daselbst postirten Brummendiner ein Zeichen zu geben, welches hinreichte, daß dem Neufischerner Kurgaste kein Mineralwasser verabreicht werde. Auf diese Weise wurden die Fischerer Kurgäste genöthigt, die Kurlare zu entrichten. Eine Anzahl Fischerer Wohnungsmiether hat nun gegen dieses Vorgehen eine geharnischte Beschwerde an die Bezirkshauptmannschaft gerichtet, in welcher die Karlsbader Thermen als öffentliches Gut bezeichnet, der Bürgermeister auf das Heftigste angegriffen und um Schutz gegen dessen Maßnahmen gebeten wird. Die hiesige Bezirkshauptmannschaft hat nun in dieser Angelegenheit einen detaillirten Bericht an die Statthalterei erstattet, die Anordnungen des Bürgermeisters als absolut unzulässig und eines Weltkurortes unwürdig erklärt und den Vorschlag erstattet, es sei die in Karlsbad bestehende Meldungsvoorschrift auch auf Neufischern auszuheben und die Kurlare daselbst einzuziehen, gegen eine zehnprocentige Vergütung von derselben an die Fischerer Gemeinde. Die Karlsbader Stadtgemeinde stimmt diesen Vorschlägen im Principe bei, hat aber gestern Repressiv-Maßregeln gegen die Fischerer Beschwerdeführer beschloffen, indem sie alle Grundpachtverträge mit den betreffenden Pächtern löst, welche Karlsbader Gemeindegund in Pacht hatten, Dienstentlassung, Entziehung von Verkaufsstandplätzen u. dgl. verfügte. In

Neufischern haben diese Verfügungen große Aufregung hervorgerufen, und man ist gespannt auf die Entscheidung der Statthalterei.

Pariser Moden. Die Pariserin erscheint gegenwärtig trotz der vollendetsten Toilette unvollständig, wenn sie nicht ihr Hündchen an der Seite hat. Auf die Masse kommt es nicht an, vorausgesetzt, daß es ein ganz kleines Exemplar sei. Auf die Bekleidung dieser Thiere, welche die wunderbarsten Namen führen, verwendet man die liebevollste Sorgfalt. Die Winterpaletots, welche hohe Kragen, wie die Damen haben, müssen aus Wollschaf, Sammet oder aus ganz dunklem Tuch gefertigt sein. Dies ist die einzige Vorchrift. Im Uebrigen sind die Bekleidungsgegenstände ebenso mannigfaltig wie zahlreich. So giebt es den Offiziersrock aus blauem Tuch, mit Roth und Gold gestickt, für die kampflustigen Hunde. Je müthiger das Thier, je mehr Krassen zeigt das Gewand. Die chinesische Kapote, gleichfalls blau mit goldenen Aktern, kommt denjenigen Hunden zu, welche Liebhaber von kaltem Wasser und Abenteuer sind. Die Jagdbeden aus Ioutrebraunem oder amazonengrünerm Tuch oder Sammet, mit einem gestickten Vogel, einem Fasan, einer Gule, Schnepfe oder einem laufenden Hasen, einem sich putzenden Kaninchen, einem Hirsch oder Rehbock zc. an der Seite, wird den Nimrod des Zimmers ungelegt, welche nicht viel Anderes jagen, als geratene Drosfeln und Fasanen. Das Bajaberenkleid, das wie der Regenbogen getreift und mit Gold gestickt ist, soll den zu Excursionen geeigneten Liebhaber ins Haus fesseln, um ihm die Pfändung, die Visitation oder andere Unannehmlichkeiten zu ersparen. „Fische“ heißt ein Decimantelchen mit einem oder mehreren Schmetterlingen in den Ecken, welches für die jungen, schüchternen, unerfahrenen Hündinnen bestimmt ist. Schließlich sei noch die „sentimentale“ Decke erwähnt. Sie besteht aus Tuch oder Sammet, hat eine einfache Goldumfassung und eine gestickte Devise.

Theater- und Kunstnotizen. Frau Göthe, die treffliche „tomische Alte“ des Hamburger Thaliatheaters, ist am 8. d. M. in Hamburg, wie es heißt an den Folgen einer Operation, gestorben. — J. Ed. Schmölzer, der Componist und Chorleiter des Müritzbaler Sängerbundes, ist im 74. Lebensjahre zu Rimbberg im Müritzhale gestorben. Schmölzer componirte mit Vorliebe Ueber deutsch-nationalen Inhalts. Im Jahre 1864 wurde ihm vom Thüringer Sängerbund für seinen Chor: „Allen Deutschen“ der erste Preis unter 200 Bewerbern zuerkannt. Im letzten Jahre wurde bei dem großen Sängertage in Melbourne Schmölzer's Begräbnischor an die deutschen Sänger in Australien unter hürmlichem Beifalle zur Aufführung gebracht. Im Jahre 1869 componirte er das „Deutsche Nationallied“ von Müller von der Werra.

Öffentlich die sanctionirte Entscheidung des Reichsraths, wonach vom 1. Januar 1886 ab im Münzsystem einige Veränderungen eintreten sollen.

Petersburg, 12. Jan. Das „Journal de St. Petersburg“ sieht in der erfolgten Zustimmung der Mächte zu den russischen Vorschlägen auf die Entwaffnung Serbiens und Bulgariens die bestimmte Befestigung der Einmüthigkeit Angesichts drohender Gefahren.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Beuthen O., 9. Januar. Eine wichtige Entscheidung hat gestern die hiesige Strafkammer als Berufungsinanz gefällt. Der Sachverhalt ist nach dem „Ob. Anz.“ folgender: In das Local des Gastwirths Leopold B. zu Laurahütte kamen drei Arbeiter und verlangten Spirituosen, die ihnen auch verabfolgt wurden.

a. Ratibor, 11. Januar. I. Strafkammer. — Herbeiführung einer Ueberschwemmung. Zwischen den Dörfern Suckowitz und Gzifetz, Kreis Kottbus, fließt ein Mühlengraben, welcher von Poln.-Neukirch kommend bei Landsmierz in die Oder mündet.

Handels-Zeitung.

Breslau, 12. Januar.

Vom Londoner Geldmarkt schreibt der „Economist“ vom 9. d. M.: Wie erwartet wurde, hat die Ausströmung der Dividendengelder die

Sätze des offenen Marktes niedergebroschen und 2 1/4—2 7/8 pCt. bilden jetzt die Notirungen für die besten Dreimonatswechsel. Aus dem Bankausweise ist ersichtlich, dass die Willigkeit dadurch vergrößert wurde, dass die Bank einen Theil der Darlehen zurückbezahlt, die sie jüngst behufs Versteigerung des Marktes negociirte, und die Erholung des deutschen Wechselcourses hat in derselben Richtung gewirkt.

Ausweise.

* Oesterr.-Ungar. Staatsbahn. Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahneinnahme vom 4. bis 11. Januar 584 185 Fl., Minus 66 667 Fl.

Marktberichte.

Grünberg, 11. Jan. [Viehmarkt.] Der heute hier stattgehabte Jahrmarkt litt sehr unter der Ungunst der Witterung. Der bedeutende Schneefall am gestrigen Tage und in der verflochtenen Nacht hat viele Auswärtige von dem Besuch des Marktes abgehalten.

Stieglitz, 11. Januar. [Vom Getreide- und Productenmarkt.] Bei schwacher Zufuhr und mattem Verkehr wurden auf dem heute abgehaltenen Wochenmarkt für 100 Kilogramm folgende Preise bezahlt: Weizen schwer 14,10—14,50 M., mittel 13,30—13,70 M., leicht 12,50—12,90 M., Roggen schwer 12,60—13,00 M., mittel 11,80—12,20 M., leicht 11,00—11,40 M., Gerste schwer 13,20—14,00 M., mittel 11,60—12,40 M., leicht 10,00—10,80 M., Hafer schwer 13,40—14,00 M., mittel 12,20—12,80 M., leicht 11,00—11,60 M., Kartoffeln 2,80—3,30 M., Heu 8,00—8,40 M., Richtstroh a Schock = 600 Kilogramm 24,00 M., Krummstroh 18,00 M., Eier pro Schock 3,00—3,20 M., Butter a Kilo 1,70—1,80 M., Schweinefleisch a Kilo 1,10—1,20 M., Rindfleisch 1,00—1,40 M., Hammelfleisch 1,00—1,10 M., Kalbfleisch 0,80—1,20 M., Speck 2,00 M., Schweineschmalz 2,00 M., Erbsen a Liter 16—20 Pf., Bohnen 20—25 Pf., Linsen 40—45 Pf.

Posen, 9. Jan. [Wöchentliches Producten- und Börsenbericht von Herrmann Meyer.] Getreide verkehrte in der vergangenen Woche in unveränderter, matter Haltung. Die Zufuhren waren bei Beginn der Woche sehr bedeutend, grösstentheils in untergeordneten feuchten Qualitäten, an welchen das hiesige Platzlager schon ziemlich gross ist, und die daher nur zu gedrückten Preisen unterkommen finden konnten.

Berlin und Posen dirigirt werden und dient zur Vergrößerung der Lager, welche noch umfangreicher als im Vorjahre werden dürften. Dagegen erfreuen sich die Fabrikanten eines regen Exports, welcher indess bei der abnorm grossen Production die Preise nicht günstiger zu stellen vermag.

Posen, 11. Jan. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne. Getreide- und Producten-Bericht.] Wetter: Schön. Die Getreidezufuhr blieb am heutigen Wochenmarkt schwach, Preise ohne wesentliche Aenderung gegen letzte Werthe.

Gemälde-Salon Bruno Richter, Breslau, Schlossohle. Familiennachrichten. Gestorben: Berr. Fr. Caroline Gräfin von Bahlen, geb. von Reffenbrück, Straßburg. Herr Gen.-Major v. D. Albert Tam v. Flemming, Wiesbaden. Hr. Partic. Eduard Schulze, Dresden. Hr. K. Gutschel, Otto von Schröder, Gr.-Ministerberg. Hr. Marie Imrecht, Beuthen O/S. Hr. Valcisa von Menzel, Schmiedmüh. Hr. K. Gutschel, Andreas Stein, Pironsna.

Courszettel der Breslauer Börse vom 12. Januar 1886.

Table with multiple columns: Wechsel-Course vom 11. Januar, Amtliche Course (Course von 11—12 1/4 Uhr), Ausländische Eisenbahn-Actien und Prioritäten, Bank-Actien, Fremde Valuten, Industrie-Papiere. Includes various financial data and exchange rates.

Table with columns: Breslau, 12. Januar. Preise der Getreiden. Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation. Gute, mittlere, geringe Waare. Includes prices for wheat, rye, and other commodities.